

~~Geheim~~ GEHEIM~~amtlich geheimgehalten~~~~- amtlich geheimgehalten -~~

204-321.15/15/90 geheim

Verf.: VLR Dr. Kölsch

Geheimhaltungsgrad

geändert in

Berlin, den 26.6.2014

P. W. Kölsch

(Unterschrift u. Dienstbez.)

Zu A 2-B-1

Vermerk

Neufassung

014-StS-Durchlauf-0460

Bonn, 24.01.90

HR: 26 85

010- - 132/90 geh. VST

1. Ausfertigung

Kopie Nr. 2

Betr.: Konsultationen im Kleinen Kreis mit Politischen Direktoren Seitz/USA (Vorsitz), Weston/GB und Dufourq/F am 23.01., 10.00-16.00 Uhr in Washington

### I. Wichtigste Ergebnisse

- Berlin-Direktwahlen (vgl. Ziff. II. 2.1)  
Partner nehmen unsere Initiative politisch wohlwollend auf; Übereinstimmung, Prüfung rechtlicher Fragen nicht in Vordergrund zu stellen; Beteiligung der SU durch Alliierte, ohne ihr Veto-Recht einzuräumen; weitere Behandlung der Thematik in Bonner-Vierergruppe
- Berlin-Flugverkehr (vgl. Ziff. II. 2.2)  
anlässlich Unterrichtung über unsere grundsätzlichen Ziele zeigen Partner grundsätzlich Verständnis für unser Anliegen; USA lassen Möglichkeit nichtalliierten Flugverkehrs in Luftkorridoren erkennen
- regelmäßige Treffen der Vier-Mächte/Schewardnadse-Initiative  
= Partner halten Vier-Mächte-Treffen grundsätzlich für nützlich und rechtfertigen dies mit Rücksichtnahme auf SU-Sicherheitsinteressen. Wir unterstreichen mit Nachdruck unsere Haltung, daß es für uns nicht akzeptabel ist, wenn über uns hinweg über die deutsche Frage verhandelt wird. Keine Bedenken gegen Treffen, die auf Berlin-Probleme beschränkt sind, nicht notwendigerweise immer auf Botschafterebene (Ziff. II. 3.1)  
= Partner sagen uns Überlassung Entwurf Antwort auf Schewardnadse mit Möglichkeit zur Stellungnahme zu (Ziff. II. 3.2)
- Grds. Zustimmung zu Minister-Treffen im Kleinen Kreis (zuzügl. Polit. Direktoren) am Rande "Open Skies"-Konferenz in Ottawa;

~~Geheim~~~~- amtlich geheimgehalten -~~

GEHEIM

amtlich geheimgehalten

**Geheim**

- amtlich geheimgehalten -

**GEHEIM**

amtlich geheimgehalten

am 11.02. abends noch Termin-Kollision mit Abendessen für NATO-Caucus für Baker-Unterrichtung über Moskau-Ministertreffen (vgl. Ziff. II. 3.3)

- Meinungs austausch über Substanz KSZE-Sondergipfel zeigt, daß unsere konzeptionellen Vorstellungen am weitesten entwickelt sind (vgl. Ziff. II. 6)
- Übereinstimmung über Siebener-Konsultationen mit Japan auf Direktoren-Ebene im Zusammenhang mit Vorbereitung zu Weltwirtschaftsgipfel; US-Vorschlag: 23.-25.03. Washington/Santa Fe (vgl. Ziff. II. 5)
- bei Meinungs austausch über Sowjetunion
  - = Übereinstimmung, daß Stellung Gorbatschows schwierig, aber nicht gefährdet (vgl. Ziff. II. 1.2)
  - = Vorbereitung amerikanisch-sowjetischen AM-Treffens Moskau Anfang Februar d.J. noch in Anfängen (vgl. Ziff. II. 1.1)
- Meinungs austausch über regionale Fragen (vgl. Ziff. II. 4)
- generelle Übereinstimmung (vgl. Ziff. II. 7)
  - = Arbeit im Kleinen Kreis künftig noch operativer zu gestalten
  - = Kontakt der Politischen Direktoren zwischen den Sitzungsterminen weiter auszubauen

II. Im einzelnen wurden behandelt (in der Reihenfolge der Tagesordnung)

### 1. Sowjetunion

1.1 Zu amerikanisch-sowjetischen AM-Treffen in Moskau (bisher 05.-07.02.) berichtete Seitz von Terminproblemen wegen inzwischen auf 05.02. anberaumten ZK-Plenum zur Vorbereitung der Sitzung der Deputierten des Volkskongresses. Verhältnis Schewardnadse/Gorbatschow sei ähnlich wie das von Baker zu Bush (auch persönl. Ratgeber).

**Geheim**

**GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

**Geheim**

~~- amtlich geheimgehalten~~ **amtlich geheimgehalten**

**GEHEIM**

Schewardnadse sei deshalb bei ZK-Sitzung nicht abkömmlich (Hinweis auf ähnlich gelagerte Terminprobleme Sch.'s bereits bei Wyoming-Treffen). Baker reise entweder später aus Washington ab oder lege Zwischenaufenthalt in Europa ein. Zur Vorbereitung Gipfel in 2. Junihälfte sei Serie von 2-3 AM-Begegnungen vorgesehen.

Vorbereitung des Moskauer AM-Treffens konzentriere sich auf Abrüstung/Rüstungskontrolle (insbes. START) und regionale Fragen (als Test für sowj. Bereitschaft zu Zusammenarbeit weltweit. Dieser Nachweis sei wichtig, um im Senat den Boden für die Ratifizierung in Aussicht genommener Rüstungskontrollabkommen zu bereiten.) Ähnlich äußerte sich später der beim Mittagessen als Gastgeber fungierende Under Secr. Kimmitt (Novum!): man wolle keine Wiederholung einer SALT II-Situation. Der Kreis konservativer SU-Kritiker sei inzwischen klein; die Zwei-Drittel-Erfordernis für die Ratifizierung im Senat jedoch nicht zu unterschätzen.

Bei START, so Seitz, gebe es noch Probleme, die einerseits auf den amerikanischen Inter-Agency-Prozeß, andererseits auf technische Fragen zurückgingen (Verschlüsselung telemetrischer Daten, fehlende US-Position zu ALCMs).

Bei den regionalen Fragen werde Afghanistan und Zentralamerika (Schlußphase Wahlkampf in Nicaragua) sowie Kambodscha im Vordergrund stehen.

- 1.2 Hinsichtlich Gorbatschow waren sich alle Partner einig, daß seine Stellung - wenn auch in den zurückliegenden Monaten schwächer geworden - nicht gefährdet sei. Am skeptischsten äußerte sich Weston.

Seitz konstatierte ausbleibende Erfolge der Perestroika und eine sich verschlechternde Versorgungslage ("nothing going well"). G. bewiese bemerkenswertes taktisches Geschick, lasse aber zusammenhängendes Konzept vermissen.

Ich unterstrich G.'s Qualitäten als Politiker (bisher polit. Dialog ohne Gewaltanwendung, ohne Gewinner oder Verlierer); sein Konzept lasse sich mit "kontrollierte Föderalisierung" umschreiben. Gegenüber seinen Gegnern habe er verdeutlicht, daß er nicht zum Aufgeben bereit sei.

**Geheim**

**GEHEIM**  
~~amtlich geheimgehalten~~

**Geheim**

- amtlich geheimgehalten -

**GEHEIM**

amtlich geheimgehalten

Dufourg stellte die Frage, ob G., der bisher immer die Mitte zwischen Konservativen und Populisten besetzt habe, jetzt einen neuen Ansatz brauche, d.h. mit den Progressiven gegen die Konservativen. Die Konservativen könnten in den Wahlen marginalisiert werden.

Weston sah G.'s Situation deutlicher als die übrigen Partner verschlechtert, aber ebenfalls nicht grds. gefährdet. Seine institutionelle Stellung sei freilich nur auf dem Papier stark. Seine Überlebenschancen schätze er (Weston) höher als "50:50" ein. Im Falle eines Scheiterns von G. sei mit einem Rückfall zu rechnen; die Wiedereinführung einer sowjetischen Vorherrschaft über Mittel- und Osteuropa erscheine jedoch schlechterdings nicht denkbar.

- 1.3 Die Erörterung der Nationalitätenfrage und ihre Implikationen für den Westen (Selbstbestimmungsrecht, Stabile Rahmenbedingungen und Integrität der SU) nahm breiten Raum ein.

USA und F verwiesen auf armenische Lobby in ihren Ländern, die Formulierung der amtlichen Politik im Aserbaidschan-Konflikt direkt oder indirekt mitbestimmten (jährliche Vorlage von Armenien-Resolution von Sen. Dole im Kongreß, Brief Mitterrands an Schewardnadse).

Seitz legte dar, daß Administration sich angesichts Entwicklung in Aserbaidschan zu Differenzierung bei Bewertung des Einsatzes von militär. Streitkräften veranlaßt sehe (zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung positiv, als Instrument politischer Unterdrückung negativ). Er vertrat im übrigen die Ansicht, daß der Einsatz der Streitkräfte in Aserbaidschan Gorbatschow in den Augen seiner Kritik Bewegungsraum verschaffen könne für eine friedliche Lösung in den baltischen Staaten.

Ich charakterisierte die Sezessionstendenz im Baltikum, zu denen britisches Planungsstabspapier zirkuliert worden war, als unaufhaltsam, bezeichnete aber eine "schleichende Loslösung" im Rahmen sich lange hinziehender Verhandlungen mit der Aussicht auf einen Kompromiß als wahrscheinlicher im Unterschied zu einem dramatischen "Boston Tea Party"-Szenario (Zustimmung Seitz). Es bestehe deshalb keine Veranlassung zu so weitreichenden Fragestellungen, wie sie in dem britischen Papier aufgeworfen würden.

**Geheim**

**GEHEIM**

amtlich geheimgehalten

- amtlich geheimgehalten -

Dufourq stimmte zu. Auch in französischen Zeitungen sei die Lage im Baltikum dramatisiert worden. Gorbatschows erfolgreiches Vorgehen erinnere an Edgar Faures Ansatz der "dependance in interdependance" gegenüber Marokko in den 50-er Jahren.

Weston verteidigte die Zielsetzung des britischen Papiers: angesichts der Unwägbarkeiten im Baltikum schienen die Frage nach der westlichen Reaktion im Falle einseitiger Unabhängigkeitserklärungen und andere Fragen angebracht. Empfehle sich eine ähnlich vorausschauende Prüfung auch für Entwicklungen in der DDR? Seitz stimmte Weston hinsichtlich des Baltikums im Grundsatz zu. Auch auf US-Seite habe man Eventualfälle und die dann gebotene westliche Reaktion geprüft. Im Fall militärischer Repression (Stichwort "Tienanmen Square") falle die Antwort leicht (Verurteilung im Rahmen der NATO). Schwieriger lägen die Dinge im Fall einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung. Im übrigen stimmte Seitz meiner Einschätzung zu, daß sich die baltischen Politiker klug und verantwortungsvoll verhalten hätten (Seitz: "Keine Hitzköpfe").

Westons in der Sitzung geäußerten Gedanken, der SU vorbeugend das zu erwartende westliche Vorgehen für eine bestimmte Palette hypothetischer SU-Aktionen zu signalisieren, beurteilten die übrigen drei übereinstimmend skeptisch.

Abschließend gab Dufourq zu bedenken, daß eine zu einseitige Stellungnahme des Westens zugunsten der armenischen Christen auch in der Türkei die Hinwendung zum islamischen Fundamentalismus als Alternative zum christlichen Abendland fördern könne (sicherheitspolitische Implikationen).

Seitz und Weston nahmen diese Überlegung mit Interesse zur Kenntnis.

## 2. Berlin

- 2.1 Zu "Direktwahl und volles Stimmrecht der Berliner BT-Abgeordneten" übergab und erläuterte ich in Anknüpfung an die Ausführungen von BM bei Treffen der vier AM am 13.12. in Brüssel unser Papier (in engl. Fassung) nebst Anlagen.

Ich beschrieb, wie durch ein vergleichsweise einfaches Verfahren (Aufhebung § 53 BWG und Ergänzung Anhang sowie Modifizierung BK/O (84)5) gewünschtes Ergebnis erreicht werden könne. Direktwahl sei mit Vier-Mächte-Abkommen für Berlin vereinbar.

**Geheim**

~~- amtlich geheimgehalten -~~ **GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

Durch Mantelgesetzverfahren in Berlin seien auch Rechte der Drei Mächte gewahrt. Nachdrücklich unterstrich ich den politischen Punkt, daß Berlin (West) nicht der einzige Ort in Europa bleiben könne, in dem Volksvertreter nicht direkt gewählt würden. Außerdem wies ich auf den gesetzgeberisch knappen Zeitrahmen (Sitzungstermine Bundestag und Bundesrat) hin.

Alle drei Partner äußerten sich übereinstimmend positiv zu unserem Anliegen (Dufourq "mit Sympathie"; Weston "polit. willkommen"; Seitz: "Eindruck bei Öffentlichkeit gar nicht erst aufkommen lassen, Alliierte wollten diese Änderung verhindern").

Soweit rechtliche Fragen angesprochen wurden, betonten die Partner, die Behandlung der Frage dürfe nicht den Juristen allein überlassen bleiben:

- Dufourq führte dazu aus, franz. Rechtsberater hielten Änderung der Vorbehalte im Genehmigungsschreiben zu Grundgesetz für erforderlich. Auf Nachfrage stimmte Weston dem zu; Seitz äußerte sich hierzu nicht.
- Eine weitere offene Frage ist laut Dufourq die Vereinbarkeit der Änderung mit dem Viermächte-Abkommen; 1981 bei Einführung Direktwahl für Berlin (Ost) hätten Alliierte als Verstoß gegen das VMA protestiert. Dufourq sprach die Notwendigkeit einer Befassung der SU an, erklärte jedoch gleichzeitig, daß man davon die Entscheidung der Drei Mächte nicht abhängig machen dürfe. Auf Westons Frage nach deutschen Vorstellungen, in welcher Form SU befaßt werden solle, stellte ich dies in das alleinige Ermessen der Alliierten.

Seitz plädierte mit Nachdruck dafür, SU zwar zu befassen, ihr aber keine Vetomöglichkeit einzuräumen. Seitz und Dufourq erwarten beide eine negative, aber nicht ablehnende Haltung der SU ("no agreement and no objection").

**GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

**Geheim**

Tischumfrage ergab, daß SU bisher in dieser Sache bei keiner der drei westlichen Statusmächte vorstellig geworden ist, was ich als wichtiges Faktum an sich bezeichnete. Weston betonte mehrfach, daß es bei der Befassung der SU sehr auf den richtigen Zeitpunkt ankomme, ohne hierfür Kriterien zu formulieren.

Es wurde Einvernehmen hergestellt, daß die Angelegenheit in der Bonner Vierergruppe weiterbehandelt werden solle. Für den Fall irgendwelcher Komplikationen bat ich, mit mir persönlich Kontakt aufzunehmen.

- 2.2 Zu Luftverkehr DDR, Berlin führte ich aus, daß wir uns bemühten, in Kenntnis der Interessen der Alliierten eine kohärente deutsche Haltung auszuarbeiten, ich derzeit aber nur einige grds. Verhandlungsziele formulieren könne (Überflugrechte über DDR; unbeschränkte Landerechte in DDR; Ein- und Ausflugrechte sowie Landerechte für Tegel bei Anflug außerhalb Korridore; Zusammenarbeit und Arbeitsteilung Tegel/Schönefeld; Erhaltung lebensfähiger Korridorverkehr von und nach Berlin; Verbesserung Korridorverkehr; Entlastung bundesdt. Luftraum durch Verlagerung Transitverkehr in DDR-Luftraum, vor allem in Nord-Süd-Richtung).

Seitz führte unter Hinweis auf bereits erarbeitetes US-Konzept aus, daß man <sup>Luft-</sup>Korridore aufrechterhalten wolle, jedoch auch einen nicht-alliierten Luftverkehr in Korridoren für möglich halte.

Dufourg bezweifelte, ob F wolle.  
nicht-alliierten Verkehr in den Korridoren zulassen. Eine offizielle brit. Haltung gibt es lt. Weston noch nicht. In persönlicher Stellungnahme plädierte er für zügiges Vorgehen, bat gleichzeitig jedoch darum, Eindruck entgegenzuwirken, Lufthansa betreibe "Megaphon-Diplomatie" (Alliierte halten an Vorrechten fest) oder versuche, über Vereinbarung mit Interflug Druck auszuüben (Eindruck, "Lufthansa is doing things anyway").  
Gang der Diskussion leitete über zu Frage Fortbestand/Erhaltung Viermächte-Verantwortung.

FOV 6235  
LWS  
**Geheim**

GEHEIM  
amtlich geheimgehalten

16. 10. 90  
vs-Termin 17/90 6

- amtlich geheimgehalten -

### 3. Vier-Mächte-Verantwortung/Schewardnadse-Initiative

#### 3.1 Seitz plädierte in einleitender Bemerkung für Erhaltung der Vier-Mächte-Verantwortung (VMV) aus Reihe von Gründen

- evtl. Instabilität in DDR nach 06.05. bei schwacher Koalitionsregierung und damit verbundener Tangierung sowjet. Sicherheitsinteressen
- VMV-Mechanismus "potentially politically useful"

Er sah aber auch innenpolit. Implikationen für uns (Eindruck, daß angesichts Zusammenwachsens beider deutschen Staaten "Direktorium" errichtet werden sollte).

Weston stimmte Seitz'scher Darstellung der VMV-Vorteile mit Nachdruck zu ("you put it very well"). Dufourq betonte, es gebe keine offizielle franz. Haltung hierzu; auf persönlicher Grundlage teile er die Meinung von Seitz.

#### 3.2 Zu westlicher Antwort an Schewardnadse stellte Dufourq fest, Gegenstand der vorgeschlagenen Gespräche müsse präzise umrissen sein (Fortführung Berlin-Initiative, aber Luftverkehr-Teil müsse bei Gesandtengruppe in Bonn bleiben).

Anknüpfend an die Bemerkungen von BM beim AM-Treffen am 13.12. in Brüssel führte ich wie folgt aus:

- es entstünde fatale Lage, falls bei uns Eindruck geschaffen werde, die vier Siegermächte setzten sich angesichts Zusammenwachsens beider deutscher Staaten zusammen und bildeten eine Art Direktorium (so ja auch Seitz), das über die Köpfe der Deutschen hinweg Entscheidungen über deren Zukunft treffe
- Bürger in DDR hätten mit Mut und Reife Freiheit, Recht der freien Meinungsäußerung, Pluralismus, Selbstbestimmungsrecht erstritten. Auch auf unserer Seite bisher Verantwortungsbewußtsein ohne nationalistische Untertöne. Dies könne sich schnell ändern (Hinweis auf Gespräch BM mit Botschafter Malby), falls bei unserer Bevölkerung Eindruck aufkomme, Selbstbestimmungsrecht der Deutschen solle nunmehr unter Berufung auf Rechte aus den Jahren 1944 und 1945 eingeschränkt werden.

**Geheim**

GEHEIM  
amtlich geheimgehalten



**Geheim**

**GEHEIM**  
**amtlich geheimgehalten**

**- amtlich geheimgehalten -**

- die Lage sei gegenüber dieser Zeit vor 50 Jahren heute total verändert: Der Bundesrepublik Deutschland komme eine tragende Rolle im Bündnis und in der Gemeinschaft zu. Sie gehöre zur Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien.
  - die deutsche Öffentlichkeit reagiere auf derartige Ansätze zur Bevormundung sehr empfindlich (Hinweis auf Presse-Echo nach erstem VMV-Botschaftertreffen im Berliner Kontrollratsgebäude im Dez.)
  - außerdem sei die BReg noch eine Antwort auf die Große Anfrage der SPD ("Souveränitätsdiskussion") schuldig, welche Alliierten bekannt sei, da wir ihnen Entwurf hätten zukommen lassen. Man dürfe es der BReg nicht unnötig schwer machen.
  - Als Leitlinie für weiteres Vorgehen sollte deshalb gelten
    - = VMV-Gespräche auf Berlin-Initiative und Berlin-Fragen beschränken **grundsätzlich**
    - = VMV-Gespräche auf **Gesandten-Ebene** belassen (zweit- und drittrangige Fragen seien nichts für Botschafter)
    - = VMV-Gespräche **nach Möglichkeit nicht im** (symbolträchtigen) Kontrollratsgebäude in Berlin, sondern anderswo
    - = Abwicklung der Gespräche in geschäftsmäßiger Atmosphäre, ohne Medienaufwand.
- Weston entgegnete hierauf deutlich gereizt:
- es dürfe keinerlei Zweifel geben, daß das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung unbestritten sei;
  - man respektiere deutsche Empfindlichkeiten; andere Völker hätten aber auch (ein Recht auf) Empfindlichkeiten;
  - angesichts umfassenden Wandels suche die SU nach Koordinaten der Stabilität ("references of stability"), um mit diesen Veränderungen, die möglicherweise auch in Deutschland anstünden, fertig zu werden.
    - = hierfür gebe es einerseits den KSZE-Prozeß;
    - = andererseits sei es "ganz vernünftig", wenn die drei westl. Alliierten mit der SU zusammenträfen, um bei ihr (Seelen-) Massage zu betreiben ("massage the Russians") und sie auf Kurs zu halten.

**GEHEIM**

**amtlich geheimgehalten**

**Geheim**

**Geheim**

- 10 -  
- amtlich geheimgehalten - **GEHEIM**  
- amtlich geheimgehalten

- ganz konkret müsse für eine Antwort an Schewardnadse gelten
  - = keine rasche Antwort erforderlich
  - = Beschränkung Treffen auf Berlin-Materie
  - = Substanz weder ausweiten noch (soweit für SU wichtig) einengen
  - = Tempo des Vorgehens und Gesprächsebene sollten mit Bedeutung der Materie übereinstimmen.

Seitz monierte daraufhin, daß seine Ausgangsfrage (wie stabilisierende Funktion VMV nutzen, ohne die Deutschen zu bevormunden?) bisher unbeantwortet geblieben sei.

Ich stellte mit Entschiedenheit fest, daß eine Antwort hierauf nicht gegeben werden könne (Seitz: niemals?) und man stabile Rahmenbedingungen über andere Mechanismen schaffen müsse, wie etwa den KSZE-Prozeß, den Weston selbst erwähnt habe. Es gehe nicht an, daß im Jahr 1990 die Alliierten sich zusammensetzten und für uns entschieden. Wir besäßen ein legitimes Recht, an der Gestaltung der Verhältnisse mitzuwirken ("legitimate right to be part of the game").

Weston erklärte, vielleicht stehe man irgendwann vor Alternative "VMV" oder "Mitverantwortung am Scheitern Gorbatschows" ("let Gorbatschow go down the drain").

Dufourq formulierte zurückhaltender, <sup>ließ</sup> jedoch ebenfalls keinen Zweifel daran, daß die franz. Seite ein Festhalten an der VMV für opportun erachte ("we are not prepared to abandon that forum now, especially not now").

Auf den unterschwelligem Vorwurf von Seitz, die deutsche Seite formuliere <sup>eine</sup> Wertung, ohne sagen zu können, wie sie dazu komme,

zitierte ich einschlägige Passagen aus der Schewardnadse-Note, welche Direktoriumsabsichten deutlich erkennen lassen, wie z.B.

- "a requirement may arise for some parallel or coordinated steps with respect to German affairs"
- "the U.S., Britain, France and the Soviet Union cannot be indifferent to what kind of treaty (Vertragsgemeinschaft) this is going to be"
- "depending on how both countries' work on that treaty proceeds, there may be a need..."

und schloß daran die Frage, ob dies auch das Verständnis der Drei von Viermächte-Treffen sei.

**Geheim**

**GEHEIM**

amtlich geheimgehalten

~~Geheim~~

GEHEIM  
amtlich geheimgehalten

- amtlich geheimgehalten -

Seitz lenkte ein, indem er die ganze Sache als in der Form "schlecht gemacht" ("very clumsy and very ill-timed initiative"), aus der Sicht der SU jedoch als in der Sache legitim darstellte (Ratlosigkeit, Sorge um eigene Sicherheitsinteressen). Auf meine <sup>nochmalige Frage</sup> versicherte Seitz, die westl. Alliierten sähen die Angelegenheit nicht so wie die SU. Wir müßen der Angelegenheit viel zu große Bedeutung bei ("you got more excited about the proposal than we did"). Ich dankte Seitz für diese - für uns in dieser Form neue - Klarstellung. Weston und Dufourq hielten sich bedeckt: Dufourq bezeichnete die VMV im Hinblick auf die Einbindung der SU als "nützlich", Weston sah die VMV erst mit einem Friedensvertrag beendet.

Zum weiteren Verfahren überleitend konnte ich die Zusicherung erreichen, daß die drei westlichen Alliierten ihre Antwort zuerst uns im Entwurf mit der Möglichkeit zur Stellungnahme zukommen lassen. Dufourq merkte bei dieser Gelegenheit an, daß F bis heute von Schewardnadse lediglich eine mündliche Botschaft, aber keine Note erhalten habe.

3.3 Ich erinnerte an den Vorschlag von BM, die Minister (begleitet von polit. Direktoren) mögen zu einem Treffen im Kleinen Kreis am Rande der "Open Skies"-Konferenz in Ottawa (Terminvorschlag 11.02. abends) auch über diese allgemeinen Fragen zusammentreffen. F und GB stimmten zu. Seitz verwies auf eine mögliche Terminkollision mit dem von kanadischer Seite am gleichen Abend <sup>vorgesehenen Essen</sup> für die NATO-AM zur Unterrichtung durch AM Baker über seine Gespräche mit AM Schewardnadse in Moskau. Der deutsche Vorsitz und die Residenz unseres Botschafters in Ottawa als Ort des Treffens wurden akzeptiert.

#### 4. Regionale Fragen (beim Mittagessen behandelt)

Erstmals trat nicht der Politische Direktor des Gastlandes, sondern dessen Vorgesetzter, Under Secr. Robert Kimmit, als Gastgeber beim Mittagessen auf. Kimmit unterstehen 5 (regional-) politische Abteilungen (einschl. "Europa/Kanada"); er zählt zum innersten Kreis um AM Baker.

~~Geheim~~

GEHEIM  
amtlich geheimgehalten

**Geheim**

**GEHEIM**

**- amtlich geheimgehalten - amtlich geheimgehalten**

#### 4.1 Afghanistan

Kimmit berichtete über seine Gespräche in Saudi-Arabien, Pakistan und Indien in der Vorwoche zu diesem Komplex. In "Wyoming" sei mit SU zu Afghanistan "transition process" vereinbart worden; bei Treffen in Moskau Anfang Februar sollten neue Details erörtert werden. Ziel sei Machttransfer weg von Präs. Najib, nicht Machtteilung mit ihm. Ansatz sei prozessorientiert (Najib würde im Laufe der Entwicklung entfernt, sein Abgang sei nicht Vorbedingung für Beginn des Prozesses). Administration wolle folgenden 3-Stufen-Plan vorschlagen:

- Phase I noch mit Najib. Beginn Frühjahr 1990, die breiteres Führungsgremium vorbereiten solle.
- Phase II mit breiterem Führungsgremium (auch Najib-Gegner).
- Phase III: Gremium aus Phase II bereitet freie Wahlen vor. SU habe erkennen lassen, daß sie auf Najib verzichten könne, solange ihre Interessen gewahrt würden. Shura-Prozeß biete ihr Vorteile: langfristig angelegt; Dialog auch mit anderen als Najib; neue Führung ohne Heckmatyar (in Augen SU zu fundamentalistisch). Man erwarte, daß SU sich in Moskau mit diesem Ansatz grds. einverstanden erklären werde (allenfalls Anregungen hinsichtlich Änderung VN-Rolle). SU-Gespräche mit EX-König Zahir Shah (Schewardnadse in Rom), der in Augen USA an Übernahme Regierungsverantwortung gar nicht interessiert sei, dienten als Signal an Najib und Heckmatyar, die SU beide nicht wolle.

Afghan. Oppositionsgruppen seien mehrheitlich (4:1 bei 2 unentschiedenen) für Zusammenarbeit mit Ex-König. SAR und PAK hätten Zweifel an Erfolg Phase II (breiteres Führungsgremium) erkennen lassen. Sie akzeptierten aber Shia-Beteiligung im Grundsatz. (Auf Frage Dufourq:) Die im Iran residierenden Widerstandsgruppen seien aufgeschoben; Gespräche der USA mit ihnen fänden bei deren Besuch in PAK statt.

Seitz stellte die (auch für ihn selbst offene) Frage, inwieweit die Ereignisse in Aserbaidschan (Ressourcenbindung) die SU in Afghanistan (Ziel Ressourcenfreisetzung) kooperationsbereiter mache; es gebe in beiden Regionen Probleme mit

**Geheim**

**GEHEIM**  
**amtlich geheimgehalten**

**Geheim**

**GEHEIM**  
- amtlich geheimgehalten - amtlich geheimgehalten

Moslems und die Wahrscheinlichkeit von Wechselwirkungen.

Kimmitt bat (mit Blick auf F), diplomat. Präsenz in Kabul jetzt nicht aufzustocken, weil Najib damit falsche Hoffnungen gemacht würden.

#### 4.2 China

Lt. Kimmitt geht es in der Auseinandersetzung Kongreß/Präsident um den Gesetzentwurf, der für chinesische Reform-Studenten Aufenthaltserlaubnis in USA verlängert, nicht um die Sache (Präsident habe gleichzeitig mit seinem Veto Inhalt des Gesetzes als Regierungsverordnung in Kraft gesetzt), sondern um Machtfrage: Kongreß (Ende Weihnachtspause am Tag des Treffens) wolle auch gegenüber einem Präsidenten mit Zustimmungsrate von 76 % deutlich machen, daß US-Außenpolitik nur in Koalition Kongreß/Administration, und nicht vom Präsidenten allein, formuliert werden könne.

Im Repräsentantenhaus werde es schwer sein, eine Zweidrittelmehrheit, mit der Präsidenten-Veto aufgehoben werden könne, zu verhindern. Größere Hoffnungen hege Administration im Senat. Falls man dort Erfolg habe, sei Kongreß leichter von weiteren Initiativen in Richtung Sanktionen abzuhalten.

Weston betonte Bedeutung westlicher Geschlossenheit hinsichtlich Nicht-Vergabe kommerzieller Kredite an China (so PM Thatcher gegenüber PM Kaifu in London).

Kimmitt wußte von Dissens innerhalb japan. Regierung (FinanzM aufgeschlossen, AußenM zurückhaltend).

#### 4.3 Naher Osten

Thema wurde vergleichsweise kurz behandelt. Lt. Kimmitt hätten "Bush und Baker" im ersten Amtsjahr der Nahost-Problematik leicht aus dem Weg gehen können; die ersten drei oder vier offiziellen ausländ. Besucher der Administration überhaupt seien jedoch aus dieser Region gekommen und ihnen fühlten sich beide verpflichtet. Israel sehe das Engagement Bakers und wolle ihn nicht kompromittieren. Der Ball sei derzeit im Feld der Israelis und Ägypter. Noch gebe es kein Ergebnis des Nahost-Friedensprozesses, aber ausreichend Fortschritte, um den Prozeß in Gang und die Teilnehmer bei der Stange zu halten.

**GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

**Geheim**

**Geheim****GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

Auf Frage nach einer ~~schwieriger werdenden~~ ~~amtlich geheimgehalten~~ Stellung von Arafat innerhalb der PLO (Dufourq): Arafat, so Kimmitt, habe es als Vertreter einer Mehrheitsmeinung gegenüber einer finanzkräftigen Minderheit in der PLO nie leicht gehabt; insofern gebe es keine Veränderung. Über die Arbeit von Botschafter Pelletreau in Tunis äußerte er sich sehr zufrieden: der Dialog mit der PLO habe Substanz, ohne daß es Verhandlungen seien.

#### 4.4 Zentralamerika

Zentralamerika, so Kimmitt, sei aus US-Sicht zentraler Punkt im US-SU-Dialog über Regionalfragen als Testfall für Kooperationsbereitschaft. Dabei sehe man, daß sich nach Panama-Aktion auch umgekehrt USA diese Frage von sowjet. Seite gefallen lassen müßten. Seitz wußte von Vorwürfen im sowjet. Politbüro an die Adresse Gorbatschows zu berichten, er habe USA es hierzu einfach gemacht. Kimmitt unterstellt Interesse beider Seiten an einvernehmlicher Regelung zu Nicaragua/El Salvador (langfristige kommerzielle Interessen von SU in Gesamtbereich ZA; Nähe von Bush/Baker zu ZA auch aufgrund "südtexanischer Herkunft"). USA strebten Lösungen ähnlich wie in Afghanistan an (aber: keine Tauschgeschäfte oder "linkages").

Auf Frage nach Dauer und Umfang Truppenpräsenz in Panama (Weston) berichtete Kimmitt, State Department wolle so schnell wie möglich von 25.000 Mann auf Stärke vor 19.12. (13.000 Mann) zurück (Erleichterung der internationalen Position der USA). PAN-Regierung dringe jedoch unter Hinweis auf angebliche Nester des Widerstands darauf, alle Truppen im Lande zu lassen. USA strebten an, bis zum Cartagena-Gipfel wieder auf 13.000 Mann herunterzufahren. Natürlich hätten alle ZA-Regierungen Panama-Aktion öffentlich verurteilt. Aus vertraulichen Gesprächen gewinne man aber den Eindruck, daß "außer Fidel Castro und Noriega selbst" alle Verantwortlichen in ZA über dessen Abgang glücklich seien.

#### 4.5 Angola

Lt. Kimmitt soll das Thema Angola/Südwestl. Afrika auf der Tagesordnung des Ministertreffens in Moskau weit oben rangieren. Die USA sähen Fortschritte nur auf namibischer Seite. Es bestehe der Verdacht, daß Teile der SU-Bürokratie den konservativen Flügel der MPLA stärkten, was einen Kompromiß mit UNITA und Savimbi erschwere, der seinerseits ~~lang~~ ~~als gerissener Spieler~~ lang "als gerissener Spieler"

**Geheim****GEHEIM**

**Geheim**

- amtlich geheimgehalten -

**GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

keine klare Haltung eingenommen habe.

Man werde SU deutlich machen, daß USA Fortschritte auf beiden Seiten anstrebten. Man erwarte hierfür Verständnis bei SU.

5. Siebener Konsultationen mit Japan auf der Ebene der Politischen Direktoren

Kimmit, schlug Konsultationen auch der Politischen Direktoren der Sieben im <sup>Zusammenhang mit dem</sup> nächsten Sherpa-Treffen (jetzt 23.03.-25.03. in Washington und Santa Fe) vor.

Ziel sei breiter Meinungsaustausch, nicht Arbeit an Papieren (Zustimmung aller Partner). Er werde genau darauf achten, mit den Themenvorschlägen nicht in die Nähe der Themen der Sherpas zu kommen. Schriftlicher Tagesordnungsvorschlag soll folgen. Der japanische Kollege, Owada, sei derzeit in Washington. Wer ihn bereits kenne, könne bestätigen, daß er sich nicht nur aufs Zuhören beschränke, sondern sich an der Diskussion beteilige ("easy to open him up").

Auf den Einwand von Dufourg gegen zu häufige Treffen versicherte Kimmit, daß es zwischen März und Juni zu keinem weiteren Treffen der Sieben auf Direktoren-Ebene mehr kommen werde.

6. KSZE-Sondergipfel

Aussprache zeigte, daß uns bei konzeptioneller Vorbereitung eines Sondergipfels Schrittmacherrolle zukommt. F und GB haben (im Rahmen der Zwölf/Dublin 20.01.) Veranstaltung zugestimmt und machen Zustandekommen nicht von "Wien I" abhängig. Bush, so Seitz, habe

bisher lediglich einer Unterzeichnung von KSE I bei einer 23-er Begegnung auf Regierungschefebene zugestimmt. USA und GB haben noch keine Haltung zu Mandat für "Wien II".

Bei Einführung des Themas bezeichnete ich Sondergipfel als potentiell wichtigste Konferenz des Jahres 1990. Ich referierte die Ergebnisse des AM-Treffens in Dublin (Zustimmung zu Gipfel und Mandat an Polit. Direktoren, gemeinsame Haltung auszuarbeiten) und wies auf gemeinsames Auftreten der AM Genscher, Dumas und de Michelis am 25.01. in Wien hin.

unsere  
Ich entwickelte/ersten konzeptionellen Überlegungen zu einem Sondergipfel, nämlich

**Geheim**

**GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

- amtlich geheimgehalten -

- vertraglicher Art
  - = Abschluß KSE I und gleichzeitig VSBM ①
  - = Erteilung Auftrag zu Ausarbeitung Mandat für Wien II (qualitativ weiterem Ansatz als Wien I) (kooperative Sicherheitsstrukturen)
- normativer Art
  - = Bestätigung Prinzipienkatalog KSZE-Schlußakte und zusätzlich
  - = dessen inhaltliche Ergänzung US-Vorschlag "freie Wahlen", für weitere Vorschläge offen)
- institutioneller Art
  - = Umweltbehörde der 35
  - = Europäischer Menschengerechtshof für alle 35
  - = Verifikationszentrum für Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und CSBMs
  - = regelmäßige Treffen der AM der 35
  - = Treffen der Polit. Direktoren der 35 (jährlich, halbjährlich?)

In diesem Zusammenhang stellten sich noch offene Fragen:

- Art der Vorbereitung des Sondergipfels (AM-Treffen?)
- Tagungsort.

Kritische Nachfragen von Seitz ließen amerikanische Sorge erkennen, daß versucht werde, ein Mandat für "Wien II" außerhalb der NATO auszuarbeiten.

Ich verwies auf die dafür etablierten Verfahren.

Weston unterstrich, es gebe zu einem "Wien II" noch keine offizielle britische Haltung.

Seitz trug folgende, von Bush noch nicht gebilligte Überlegungen der Administration vor:

- Ja zu einem KSZE-Sondergipfel (auch um den Europäern entgegenzukommen)
- KSZE-Sondergipfel darf, unabhängig von SU-Absicht, nicht zu Konferenz über Deutschland und deutsche Einheit werden; deshalb auch kurze Dauer (2-3 Tage)
- Sondergipfel muß alle Bereiche abdecken, Erfolge in allen Bereichen vorweisen oder solche anderer Gremien, die diesen Bereichen thematisch zuzuordnen sind, indossieren z.B.



**Geheim****GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

- ~~– amtlich geheimgehalten –~~
- = Unterzeichnung KSE I als "Jewel in the crown" und Voraussetzung für Zustandekommen Gipfel
  - = Indossierung ERgebnisse KWZE Bonn

noch offen:

- = Unterzeichnung VSBM I (zu VSBM II im übrigen noch keine Position der Administration)
- = Unterzeichnung "Open Skies", auch wenn bisher nicht Teil des KSZE-Prozesses
- = Position zu "Wien II".

Es gebe viele Erklärungen einzelner amerikanischer Politiker, aber noch keine offizielle Haltung. Neuauflage von "Wien I" genüge nicht. Einzelne Elemente müßten überprüft werden (betroff. Streitkräfte, Verhältnis Personal-Material). Inneramerikanische Überlegungen zu Truppenpräsenz in Europa auf Grundlage US-Haushaltsdefizit hingen damit eng zusammen. USA wollten aber auch unbedingt vermeiden, die Präsenz der SU-Streitkräfte in NSWP-Ländern zu legitimieren.

Weston betonte unter Bezug auf jüngste Äußerungen von PM Thatcher und AM Hurd (anlässlich Aufenthalt in Berlin (Ost)) Bedeutung, welche GB dem KSZE-Prozeß als Rahmen für politische Stabilität beimesse. Er trug zu KSZE-Sondergipfel folgende (von AM Hurd noch nicht gebilligte) Überlegungen vor:

- Ziel müsse sein, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Gesamteuropa dauerhaft zu machen
- hierzu könnten "kooperative Sicherheitsstrukturen" erarbeitet werden (auf meine Nachfrage, ob er sich diesen Terminus als Teil eines vom Sondergipfel zu erarbeitenden Auftrages vorstellen könne, wick Weston aus.)
- Etablierung einer "Art institutionellen Mechanismus" (nicht näher ausgeführt).

Zu "Wien II" trug er auf persönlicher Basis (offizielle brit. Haltung steht noch aus) 2 Optionen vor:

- "weitermachen wie bisher"
- "politischerer Gesamtrahmen" mit dem Ziel, Rahmenbedingungen für Abzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa und für "Erleichterung Zustandekommen deutscher Einheit bei gleichzeitiger Beruhigung der SU" zu schaffen. AM Hurd sei von Ausführungen unseres BM in Dublin zu dieser Thematik nachhaltig beeindruckt gewesen.

**Geheim****GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

- 18 -  
**Geheim**

**GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

- amtlich geheimgehalten -

Dufourg legte folgende franz. Position dar:

- Unterzeichnung von KSE I und VSBM I bei Sondergipfel wahrscheinlich, aber nicht Voraussetzung für Zustandekommen: Sondergipfel hat stabilisierende Funktion an sich. Er eröffnet den nach den Wahlen dieses Frühjahrs und Sommers dann neu im Amt befindlichen Regierungen Osteuropas eine Perspektive
- hinsichtlich weiterer Substanz lasse sich an vieles denken, ohne daß man dies genau ausbuchstabieren wolle
- hinsichtlich "Institutionalisierung" reichten 1-2 Entscheidungen
- "Vorbereitung Helsinki II" könne Teil eines vom Sondergipfel ausgehenden Auftrags sein.

Weston und Dufourg mahnten übereinstimmend, den Sondergipfel nicht inhaltlich zu überladen.

#### 7. Verschiedenes

7.1 Weston lud für 26.02. (ad referendum) zu nächstem Treffen im Kleinen Kreis auf Direktorenebene nach London ein.

7.2 Weston überbrachte weiter Einladung seines Ministers zu Berlin- und Deutschland-Essen im Kleinen Kreis (AM + Polit. Direktoren) am Vortag der NATO-Frühjahrstagung in Preswick. Treffen soll am 06.06. 12.00 - 16.00 Uhr auf Schloß Chevening stattfinden; Nähe des Tagungsorts zu Gatwick erleichtere Weiterreise nach Schottland.

7.3 Seitz unterstrich die Notwendigkeit, zumindest hinsichtlich bestimmter Fragen auch zwischen den Sitzungen Kontakt zu halten.

Ich unterstützte dies und regte an, die Möglichkeiten hierzu näher zu prüfen (Austausch von Botschaften und Papieren über die Auslandsvertretungen o.ä.).

*Musp*

**Geheim**

- amtlich geheimgehalten -

**GEHEIM**  
amtlich geheimgehalten

19  
A8